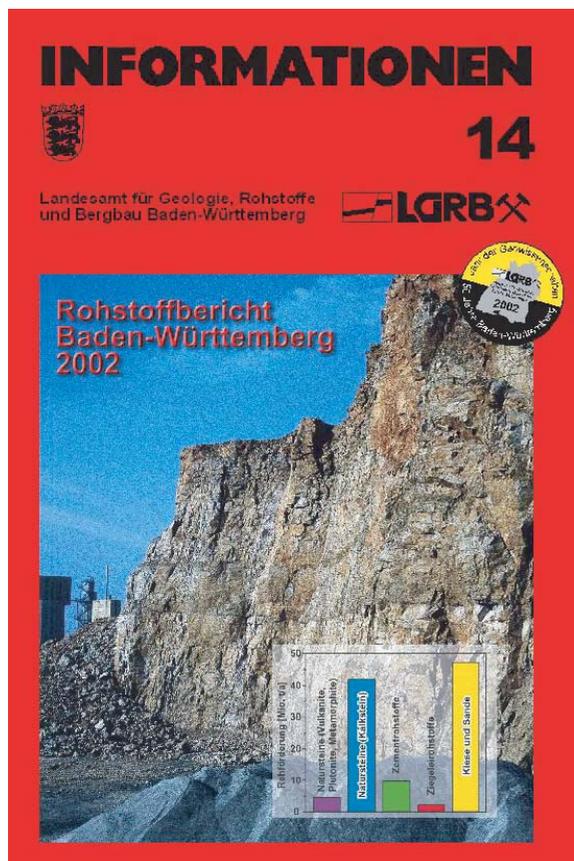


Erster Rohstoffbericht des Landes Baden-Württemberg liegt vor

Die 10,4 Millionen Einwohner Baden-Württembergs benötigen große Mengen an verschiedenartigen mineralischen Rohstoffen; die Förderung belief sich im Jahr 2000 auf 110 Mio. t (inklusive der Industriemineralien). Die an über 600 Standorten über wie unter Tage gewonnenen Steine-Erden- und Industriemineral-Rohstoffe stellen eine der wichtigsten Grundlagen für die Verbesserung und Erhaltung der Infrastruktur des Landes (Wohn- und Gewerbebau, Industrieanlagen, Straßen, Schienen- und Wasserwege, Leitungsnetz) sowie für die Versorgung nahezu aller Industriezweige mit wichtigen Grundstoffen dar; auch für den Umweltschutz, die Landwirtschaft und im Gesundheitswesen sind diese Rohstoffe – wie beispielsweise Kalkstein, Tone, Zeolithe, Steinsalz oder Schwerspat – unerlässlich.

Nur eine weit vorausschauende Planung kann bei den sich verstärkenden und häufig konkurrierenden Nutzungsansprüchen an dem nicht vermehrbaren „Grund und Boden“ des Landes eine gesicherte Versorgung künftiger Generationen mit diesen Rohstoffen garantieren. Deshalb wurde jetzt erstmals vom Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau Baden-Württemberg (LGRB) ein Rohstoffbericht zum Thema „Gewinnung, Verbrauch und Sicherung mineralischer Rohstoffe“ vorgelegt. Der mit zahlreichen Übersichtskarten und Graphiken illustrierte Bericht gibt einen detaillierten Überblick über die Rohstoffsituation und liefert landesweite Daten als Grundlage für eine nachhaltige Rohstoffsicherung. Das LGRB verfügt als einzige amtliche Stelle im Land über den erforderlichen Fachdatenbestand zur Geologie und Rohstoffgewinnung.



Im Bundesgebiet werden ca. 800 Mio. t an Steine-Erden-Rohstoffen gefördert, das sind im Schnitt 9,8 t je Einwohner. Baden-Württemberg steht im bundesweiten Vergleich mit 106 Mio. t an dritter Stelle hinter Bayern und Nordrhein-Westfalen (mit je 150 Mio. t). Kiese und Sande werden in einem Umfang von 46 Mio. t gefördert, jedoch ist die Kiesgewinnung in den vergangenen acht Jahren um 22 % zurückgegangen. Hingegen hat sich der Bedarf an Kalksteinen als Grundstoff für Baustoffe, die Chemische Industrie, den Straßenbau und die Zementproduktion im vergangenen Jahrzehnt merklich erhöht; im Jahr 2000 wurden 41,2 Mio. t abgebaut, ein Großteil davon im Regierungsbezirk Stuttgart. Von großer Bedeutung sind auch die Natursteine aus dem Grundgebirge (Granite, Gneise, vulkanische Gesteine), die Ziegeleirohstoffe, die Gips- und Anhydritsteine sowie die vielfältigen Werksteine, die uns auf Schritt und Tritt durch unser Leben – vom Taufstein bis zum Grabstein – begleiten.

Baden-Württemberg verfügt zudem über bedeutende Lagerstätten für Steinsalz, Fluss- und Schwerspat – wichtige Grundstoffe für den Industriebedarf im gesamten Bundesgebiet und darüber hinaus.

Die Fördermenge dieser in

Bergwerken abgebauten Bodenschätze liegt bei rund 4 Mio. t im Jahr.

Der Rohstoffbericht 2002 beleuchtet erstmals die Sicherung der Rohstoffversorgung für alle 12 Regionen im Land. Auf Grund der unterschiedlichen natürlichen Gegebenheiten und der Verteilung der Ballungszentren

sind die Fördermengen in den einzelnen Landesteilen sehr unterschiedlich. Die Regionen Mittlerer Oberrhein, Donau-Iller und Südlicher Oberrhein weisen einen relativ hohen Förderanteil auf.

Weniger als 0,2 % der Landesfläche dienen vorübergehend der Rohstoffgewinnung. Zum Vergleich: 47 % sind landwirtschaftlich genutzt, 38 % sind Waldfläche, Siedlungs- und Verkehrsflächen nehmen 13,2 % ein, 22 % der Landesfläche stehen unter Wasserschutz und rund 24 % unter Natur- und Landschaftsschutz. Negative Auswirkungen der oberflächennahen Rohstoffgewinnung auf die Wasserversorgung konnten bisher nicht festgestellt werden. Oftmals lässt sich aus einem Gesteinsabbau ein mehrfacher Nutzen ziehen – zunächst für die Rohstoffversorgung, danach für einen gezielten Schutz bedrohter Tier- und Pflanzenarten, für eine Schaffung höherwertiger Waldbestände und nicht selten für die Verbesserung der kommunalen Bausituation oder des Freizeitangebots.

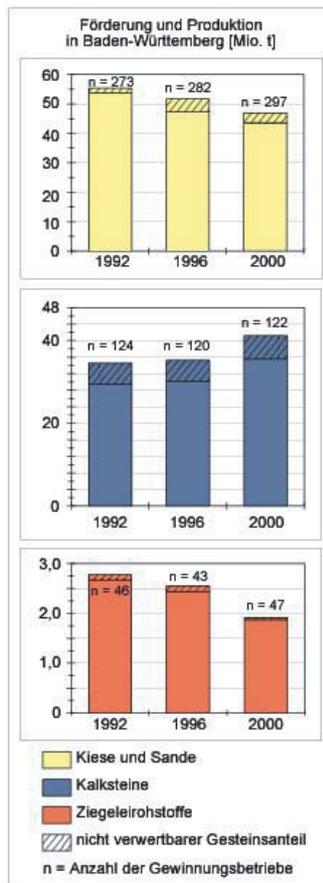
In der von Behörden und Industrie kontrovers geführten Diskussion um den zeitlichen Horizont der Raumplanung liefert der Rohstoffbericht eine erste landesweite Analyse. Nicht nur aus Sicht der Industrie, sondern auch im Sinne einer vorausschauenden und effizienten Landes- und Regionalplanung sind Planungszeiträume wünschenswert, die über die derzeit üblichen 10–15 Jahre hinaus gehen. Dank erfolgreicher Regionalplanung und abgewogener Genehmigungspraxis besteht im Land derzeit noch ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Verbrauch und eigener Produktion. Es ist jedoch vielerorts bereits deutlich erkennbar, dass ohne langfristige Rohstoffsicherung zunehmend Einschränkungen beim Abbau und Engpässe bei der Rohstoffversorgung des Landes drohen. Um die Regionalplanung im Interesse der Nachhaltigkeit aller Ressourcen zu optimieren, ist eine integrierte Kartierung und Bewertung von Lagerstätten unter den Gesichtspunkten der Rohstoffgeologie sowie des Boden- und Grundwasserschutzes mit modernen Methoden erforderlich.



Abbau in Massenkalksteinen des höheren Oberjuras bei Blaustein

Mit den Regionalverbänden wurde vereinbart, die für den Rohstoffbericht nötigen Betriebserhebungen künftig gemeinsam mit dem LGRB zu verwirklichen. Der Bericht soll in drei- bis vierjährigen Abständen erscheinen, um Stand und Entwicklung in der Rohstoffsicherung für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg zu dokumentieren.

Ansprechpartner:
Dr. Wolfgang Werner, Dipl.- Ing. Axel Brasse
Mai 2002



Beispiel für Förderstatistiken

Landesamt für Geologie, Rohstoffe
und Bergbau Baden-Württemberg
Albertstraße 5
D-79104 Freiburg i. Br.
<http://www.lgrb.uni-freiburg.de>
E-Mail: poststelle@lgrb.uni-freiburg.de
Tel.: 0761/5590-229 (Werner), 0761/70400-23 (Brasse)